

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Polen: Politische Chronik 2007

Freitag, 28. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Das Jahr 2007 war innenpolitisch durch weitere **Instabilität** geprägt. Misstrauen, Handeln ohne Augenmaß und absurde Grabenkämpfe führten schließlich im Sommer zur Auflösung der konservativ-populistischen Regierungskoalition von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), „Selbstverteidigung“ und „Liga der Polnischen Familien“ in Polen, zu vorgezogenen **Neuwahlen** und einem **Regierungswechsel**. Die liberal-konservative „Bürgerplattform“ (PO) ging mit 41 % als klarer Sieger aus der Wahl hervor und bildete mit der bäuerlichen „Polnischen Volkspartei“ (PSL) eine Koalition. Die populistischen Parteien scheitern klar an der 5-Prozent-Hürde.

Die Frage der **Aufarbeitung der Vergangenheit** und des Umganges mit den kommunistischen Staatssicherheitsdiensten spielte gleich zu Beginn des Jahres eine prominente Rolle. Die katholische Kirche wurde durch den Rücktritt des gerade erst ernannten Warschauer Erzbischofs, **Stanisław Wielgus**, schwer erschüttert. Er hatte Verstrickungen mit der Stasi zugeben müssen. Premier **Jarosław Kaczyński** (PiS) beurteilte die Krise in der Kirche auch als nationale Krise, da sie den Kern der wichtigsten moralischen Autorität in Polen berühre. Verschiedene Personen des öffentlichen Lebens wurden in der Folge der Zusammenarbeit mit der Stasi verdächtigt. Mitte März trat das neue **Lustrationsgesetz** in Kraft, das heftig kritisiert wurde. Es sah vor, dass sich alle Personen in öffentlichen Funktionen überprüfen lassen mussten. Persönlichkeiten aus Medien, Wissenschaft und Politik, darunter der frühere Außenminister und EU-Parlamentarier **Geremek**, bezweifelten die Rechtmäßigkeit des neuen Gesetzes und verweigerten die Abgabe einer Lustrationserklärung; so auch der ehemalige Premier **Mazowiecki**, der daraufhin aus dem Ordenskapitel der Träger der höchsten staatlichen Auszeichnung, des Weißen Adlers, ausgeschlossen wurde. Am 11. Mai urteilte das Verfassungsgericht, dass das Lustrationsgesetz nicht verfassungskonform sei. Daraufhin erfolgte eine Entschärfung des Gesetzes, die Mitte September in Kraft trat.

Die Auflösung des als „Teil der Pathologie der 3. Republik“ angesehenen **Militärgeheimdienstes** und Informationen über seine Tätigkeit schlugen hohe Wellen. Die neu geschaffene zentrale **Antikorruptionsbehörde CBA** ging politisch gelenkt mit zweifelhaften Methoden vor. Die Regierung bröckelte. Anfang Februar traten zunächst Verteidigungsminister **Radosław Sikorski** (PiS) und Innenminister **Ludwig Dorn** (PiS) wegen Differenzen mit Premier Kaczyński (PiS) zurück, dann auch der für internationale Beziehungen zuständige Staatssekretär der Präsidialkanzlei, **Andrzej Krawczyk**, wegen der Verdächtigung früherer Geheimdienstkontakte; wenig später wurde er von dem Vorwurf entlastet. Der neue Innenmi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 28. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

nister, Generalstaatsanwalt **Janusz Kaczmarek**, wurde Anfang August bereits wieder entlassen. Mitte April trat Parlamentspräsident **Marek Ju-rek** zurück und aus der PiS aus, nachdem die von ihm befürwortete Verfassungsänderung für einen Lebensschutz von Empfängnis an keine Mehrheit bekam. Er gründete mit einer Handvoll Getreuen die christlich-konservative Partei „Republikanische Rechte“, die später bei den Wahlen kaum Stimmen erhielt. Ludwig Dorn wurde neuer Parlamentspräsident.

Der politische **Klientelismus** wurde durch die Neubesetzung des Nationalbankpräsidenten, des Vorsitzes des staatlichen Ölkonzerns PKN Orlen und des Chefpostens des öffentlichen Fernsehens durch enge Gefolgsleute der Kaczyńskis fortgesetzt. Die Intellektuellen-Vereinigung „Erfahrung und Zukunft“ stellte im Juni einen Bericht über den **Zustand der Demokratie** in Polen vor. Darin werden die Okkupation des Staates durch die regierenden Parteien, mangelnde Berücksichtigung der Gewaltenteilung, die politische Kontrolle über Staatsanwaltschaft und Gerichtswesen, die Einschränkung der Unabhängigkeit von Zentralbank, Rundfunkrat und des Bürgerrechtsbeauftragten sowie die Vernachlässigung von Selbstverwaltung und Bürgergesellschaft kritisiert. Eine u.a. von den ehemaligen Staatspräsidenten Wałęsa und Kwaśniewski unterzeichnete Bürger-Erklärung warnte vor der **Bedrohung des Rechtsstaats** durch die konservativ-populistische Regierung.

Die größte Oppositionspartei, die **Bürgerplattform (PO)** führte mit Regionalkongressen im ganzen Land eine Programmdebatte durch. Ende Mai wurde auf einem Parteitag in Warschau das neue Programm „Bürgerliches Polen“ vorgestellt. Hauptpunkte sind eine Steuerreform sowie die Reform des Bildungswesens, überparteiliche Zusammenarbeit in der Außenpolitik und die Stärkung der Selbstverwaltungseinheiten. Auf der Linken schlossen sich Anfang Juni das postkommunistische „Bündnis der demokratischen Linken“ (SLD), die von diesem früher abgespaltenen Sozialdemokraten (SDPL), die Arbeitspartei (UP) und die Demokratische Partei (PD – ehemals Freiheitsunion) unter dem Namen **„Linke und Demokraten“** zusammen.

Anfang Juli wurden Vizepremier und Landwirtschaftsminister, **Andrzej Lepper** (Selbstverteidigung) und Sportminister **Tomasz Lipiec** (parteilos) aufgrund von Korruptionsvorwürfen entlassen. Damit begann eine Regierungskrise, die am 13. August zur Beendigung der Regierungskoalition und zu vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober führte. Wieder spielte die zentrale Antikorruptionsbehörde eine undurchsichtige Rolle. Durch eine fingierte Korruptionsaffäre sollte Vizepremier Lepper überführt werden, was jedoch fehlschlug. Innenminister **Kaczmarek** wurde daraufhin verdächtigt, Lepper gewarnt zu haben, und deshalb entlassen. Öffentlich kritisierte dieser anschließend die gegen ihn, seine Familie und enge Mitarbeiter durchgeführten Abhör- und Beobachtungsmaßnahmen, bezichtigte Justizminister **Zbigniew Ziobro** (PiS) einen Privatkrieg gegen ihn zu führen und sprach von Zügen eines „totalitären Staates“. Nach nichtöffentlichen Aussagen vor dem Geheimdienstausschuss des Sejm, in denen er über Überwachungsmaßnahmen gegenüber prominenten Politikern aus Regierung, Opposition und Medien berichtete und den Justizminister belastete, wurden u.a. Kaczmarek und der ehemalige Oberkom-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 28. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

mandant der Polizei Ende August kurzzeitig festgenommen unter dem Vorwurf des Geheimnisverrats. Nach Auffassung von **Premier Kaczyński** zeigten die Verhaftungen, dass Polen ein Rechtsstaat sei, in dem nicht mehr die Privilegien der Volksrepublik gelten. Weite Teile der Opposition sahen im Vorgehen der Regierung dagegen eine Gefährdung von Rechtsstaat und Demokratie. Das Warschauer Bezirksgericht urteilte wenig später, dass die Festnahme des ehemaligen Innenministers unbegründet und nicht rechtmäßig gewesen sei. Derweil gab Justizminister Ziobro bekannt, es hätte Pläne gegeben, ihn „physisch zu beseitigen“; aus Angst um seine Sicherheit zeichnete er Gespräche mit Personen wie dem Ex-Vizepremier Lepper auf. Später drohte er, es würde die Zeit kommen, „weitere Tatsachen und Beweise“ über die Führer der Oppositionsparteien offen zu legen. Die PO erstattete daraufhin Anzeige wegen Überschreitung der Befugnisse gegen den Justizminister.

Am 25. August begannen mit Veranstaltungen der PiS in Danzig und der PO in Warschau die **Wahlkampfkampagnen**. In der Nacht vom 7. auf den 8. September beschloß der Sejm mit Zweidrittelmehrheit seine Auflösung. Staatspräsident **Lech Kaczyński** legte den Termin für Neuwahlen auf den 21. Oktober fest. Auf Antrag des Premiers entließ er kurzfristig 15 Minister, gegen die die PO Misstrauensvoten beantragt hatte. Noch am selben Tag wurde die gerade abberufenen Außenministerin Fotyga wieder ins Amt berufen wegen laufender EU-Verhandlungen, wenig später auch die anderen Minister. Sowohl das Misstrauensvotum als auch die Vorgehensweise von Premier und Präsident sind verfassungsrechtlich umstritten. **Premier Kaczyński** bezichtigte Oppositionsführer Tusk im Wahlkampf einer „intellektuellen Faszination“ für das Deutschtum, die PO der „Abhängigkeit von den Deutschen“ und der „Akzeptanz der deutschen Dominanz in Europa“. Die Wähler mußten zwischen der PiS entscheiden, die Polen verändern wolle, und denen, die alte Privilegien schützen wollten. Der Führer der PO, **Donald Tusk**, gab dagegen die Parole aus, es gehe um die grundsätzliche Orientierung Polens für oder gegen die westliche Zivilisation. Die PiS würde Polen in den Osten abdrängen. **Jan Rokita**, Premierkandidat der PO bei den Wahlen 2005, verkündete, dass er nicht mehr kandidieren wolle. Hintergrund diese Entscheidung sind der Konflikt in der Krakauer PO über die Listenaufstellung, Rokitas Kaltstellung in der PO durch Tusk und die Berufung seiner Frau zur Präsidentenberaterin und Kandidatin der PiS.

Im **Wahlkampf** dominierte zunächst Premier Kaczyński und die PiS. Tusk und die PO blieben blass und agierten fast eingeschüchtert. Bei den Linken kompromittierte Ex-Präsident Kwaśniewski als Zugpferd durch unglückliche Auftritte die Kampagne. Laut Umfragen lieferten sich PiS und PO bis eine Woche vor der Wahl ein Kopf an Kopf Rennen. Eine Wende leitete dann der klare Sieg eines endlich kämpferisch und selbstbewusst auftretenden Tusk im **Fernsehduell** mit Jarosław Kaczyński ein. Der Premier wurde als dominierender Politiker regelrecht entzaubert und vorgeführt. Zum am Ende klaren Sieg der PO mit 9,4 % Vorsprung vor der PiS (PO: 41,5 %, PiS: 32,1 %) trugen aber auch Persönlichkeiten wie der frühere Außenminister **Prof. Władysław Bartoszewski** maßgeblich bei. Dieser, von den Kaczyńskis „einer Politik auf den Knien gegenüber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 28. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Deutschland und dem Westen“ beschuldigt, griff seinerseits die Außenpolitik der PiS-Regierung mit den Worten an: „Glaubt nicht den frustrierten und psychisch Geschädigten, welche ihre Probleme am Volk abreagieren. Ich verbitte mir kategorisch die heftige Beleidigung Polens durch inkompetente Regierungsmitglieder und Diplomatie-Trottel“. Damit gab er die führenden PiS-Politiker in größeren Teilen der Gesellschaft der Lächerlichkeit preis.

Außenpolitisch standen über das Jahr hinweg im Vordergrund: die Verhandlungen über die Errichtung eines **Raketenabwehrsystems** der USA in Polen, die Auslandseinsätze im Irak und Afghanistan, die Reform des EU-Verfassungsvertrages, das russische Importverbot für polnische Fleischprodukte und die Fragen der Energiesicherheit. Die **Divergenzen mit Deutschland** bei den Themen Gaspipeline durch die Ostsee, Europapolitik, Umgang mit der Geschichte, Entschädigungsansprüche von einigen Vertriebenen, deutsche Kulturgüter in Polen führten durch die Art und Tonlage der Behandlung von Seiten der polnischen Regierung zu einer Verschärfung der Krise in den bilateralen Verhältnissen. Der im Außenministerium angesiedelte Deutschlandlandbeauftragte der polnischen Regierung goß mit aggressiven publizistischen Einlassungen und Vorwürfen gegenüber Deutschland wiederholt Öl ins Feuer des Streites. Bedingt durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die im Gegensatz zu Polen eine Entscheidung in der Frage der **Reform des Verfassungsvertrages der EU** herbeiführen wollte, und durch das Problem des Abstimmungsmodus im Europarat, bei dem Deutschland durch seine Größe exponiert ist, entstand in der polnischen Öffentlichkeit der Eindruck eines Interessenkampfes zwischen Deutschland und Polen. Der Sejm unterstützte ohne die Zustimmung der Linken die Verhandlungsposition der Regierung, die ein „Quadratwurzelsystem“ bei der Stimmengewichtung durchsetzen wollte. Der Vorschlag wurde von der Regierung u.a. damit begründet, dass eine Stärkung Polens zur Verhinderung einer deutschen Hegemonie in der EU notwendig sei. Es müsse verhindert werden, dass Polen wieder einmal Opfer deutscher Interessen werde. Bis zuletzt drohte Premier Kaczyński von Warschau aus unter dem Motto „Quadratwurzel oder Tod“ mit einem Veto. Erst nach äüßert harten Verhandlungen kam es in der Nacht vom 22. auf den 23. Juni in Brüssel zu einem Kompromiss. Der polnische Premier bewertete den EU-Gipfel anschließend als Erfolg für Polen. Doch auf beiden Seiten ist anschließend von politischer Erpressung die Rede. Vizepremier Giertych (Liga) klagt, Deutschland habe Polen wie in früheren Zeiten die Pistole auf die Brust gesetzt. Das konservative Politikmagazin Wprost stellt Kanzlerin Merkel auf dem Titelblatt als „Stiefmutter Europas“ dar, die lächelnd Jarosław und Lech Kaczyński an ihrer Brust stillt. Der polnische Ethikrat der Medien kritisiert das Titelblatt als geschmacklos. Die Bild-Zeitung titelt halbseitig: „Polen verhöhnend deutsche Kanzlerin“. Auslöser der „Presseschlacht“ ist die Schlagzeile des Spiegels: „Wie die Polen Europa nerven“ und ein Bild, dass die polnischen Staatszwillinge auf Angela Merkel reitend darstellt. Letztendlich scheiterte der Versuch der Kaczyńskis, auf dem Hintergrund der Geschichte durch ein populistisch instrumentalisiertes Misstrauen gegenüber Deutschland europapolitisch Kapital zu schlagen. Der Schaden, den diese Politik anrichtete-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 28. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

te, wurde in der Sache zwar durch das Einschwenken in letzter Minute auf den Kompromiss, der den Erfolg des Gipfels ausmachte, begrenzt. Die FAZ bemerkte aber mit Recht nachdenklich: Es ist „der Dämon einer anderen, vergangen geglaubten Zeit, dessen giftiger Atem da plötzlich durch Europa streicht“.

Der Kampf um die Reform der Union überschattete andere **europäische Themen** wie den Einsatz der Mittel des EU-Kohäsionsfonds, die Einführung des EURO, den Beitritt zum Schengenraum am Ende des Jahres, den Streit mit der EU und Umweltschützern über den Bau einer Umgehungsstraße um die Stadt Augustów im Nordosten Polens und die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine. Laut der letzten Eurobarometer Umfrage haben 68 % der Polen Vertrauen in die EU. Kurz vor dem EU-Beitritt Polens lag dieser Wert nur bei 33 %. Der eigenen Regierung vertrauen hingegen nur 18 % der befragten Personen.

Der **Regierungswechsel** eröffnet neue Perspektiven und Chancen insbesondere im Hinblick auf die deutsch polnischen Beziehungen in Europa. Die KAS kann durch ihre Kontakte mit PO und PSL, die beide Mitglied in der Europäischen Volkspartei sind, dazu beitragen, die Chancen zu nutzen. Die IV. Republik der Kaczyńskis wurde mit einer Mehrheit von über 60 % abgewählt. Die PiS bleibt aber als größte Oppositionspartei ein wesentlicher politischer Faktor. Auch der Staatspräsident wird im Rahmen der Kohabitation die Politik beeinflussen. Nach dem verschärften Streit wird es in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen vorrangig sein, eine **neue Atmosphäre** zu schaffen und neues Vertrauen zu gewinnen. Gemeinsam gilt es, die politischen Hauptprobleme und Divergenzen zu definieren und zu bearbeiten, sodann aber vor allem die gemeinsamen Interessen und Felder der Zusammenarbeit abzustecken und darüber in einen intensivierten Dialog zu treten. Eine **neue Agenda** in der Zusammenarbeit von Polen und Deutschland ist nötig. Die derzeitigen **politischen Hauptprobleme** in der Russland-, Europa- und Geschichtspolitik bleiben jedoch auch mit der neuen Regierung bestehen.

Die **Schwierigkeiten**, mit denen Staat und Gesellschaft in Polen zu tun haben, sind nicht gering, die Entwicklungschancen andererseits aber auch groß. Experten gehen davon aus, dass Polen weitere 20 Jahre benötigen wird, um den Durchschnitt des Lebensniveaus der EU vor der Osterweiterung zu erreichen. Das setzt weiterhin erhebliche Anstrengungen bei der **Staats- und Sozialreform**, der Wirtschaft, der Infrastruktur, im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Justiz etc. voraus. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Reich und Arm weiter auseinander. Die hohe Arbeitslosigkeit gerade bei jungen Erwachsenen und die damit verbundene Arbeitsmigration ins Ausland sind große Herausforderungen.

Die weiter bestehenden pathologischen Stimmungen und die **Spaltung des Landes** zwischen dem besser entwickelten Westen und dem landwirtschaftlich geprägten Osten, zwischen Stadt und Land, besser und weniger gut Gebildeten, jung und alt, Modernisierungsgewinnern und sozialen Verlierern bestehen fort. Die **katholische Kirche**, die in Polen eine wichtige Rolle spielt, in der aber das gesellschaftliche Laien-Engagement kaum organisiert und wahrnehmbar ist, ist wie das Land politisch gespal-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 28. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

ten und zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt, um wirkliche Impulse geben zu können. Das **zivilgesellschaftliche Engagement** und die politische Beteiligung sind immer noch schwach ausgeprägt. Hier fehlt es an sich selbst tragenden oder vom Staat unterstützten Strukturen, an politischer Bildung, an einer kritisch-konstruktiven Verbindung zwischen Volk, Parteien und Staatsorganen, an einem staatsbürgerlichen Ethos sowohl bei den Regierenden wie bei den Regierten. Damit im Zusammenhang stehen Korruption, Kriminalität und die nach jedem politischen Wechsel wiederkehrende maßlose Inbesitznahme des Staates und staatlich kontrollierter Institutionen durch eigene Gefolgsleute. Im Bereich der Medien ist die unabhängige, qualifizierte, kritische Berichterstattung ein Desiderat. Die Aufarbeitung der kommunistischen und postkommunistischen Hinterlassenschaft ist ein ungelöstes Problem.

Die Volatilität im **Parteiensystem** ist groß. Außer der postkommunistischen Linken und der „Polnischen Volkspartei“ (PSL), die auf eine Tradition bis ins 19. Jahrhundert zurückblickt und die Sowjetdiktatur als Blockpartei überdauerte, sind die Parteien bislang eher flüchtige Wahlplattformen mit wenig ausgeprägter innerparteilicher Demokratie sowie Bewegungen mit stark populistischen Zügen. Dies trägt nicht zu politischer Kontinuität und stabilen Verhältnissen bei.¹ Hier scheint sich allerdings nach den letzten Wahlen eine neue Perspektive zu eröffnen. Die populistischen Bewegungen, die es in der Vergangenheit zeitweise auf ein gutes Viertel der Wählerstimmen brachten, scheiterten. Die 2001 aus der Solidarność-Bewegung hervorgegangenen Parteien PO und PiS belegen die Mitte und den rechten Bereich des Spektrums, die Linke ist dabei, sich zu erneuern, und die PSL ist mit einer sozialen Note auf die Landbevölkerung und Kleinbürger ausgerichtet. Damit kristallisiert sich ein Vierparteiensystem heraus, in dem der PSL als potentiellem Koalitionspartner der drei anderen Parteien die Rolle des Mehrheitsbeschaffers zufällt. Beklagt wird in Bezug auf die Parteien jedoch weiter die programmatische Schwäche, verbunden mit einem Mangel an Gemeinwohlorientierung, weshalb die polnische Soziologin Maria Jarosz Polen als „**Neodemokratie**“ bezeichnet.² Die PO hat im vergangenen Jahr als Oppositionspartei an der Parteiprogrammatik gearbeitet. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung konzentriert sich die Arbeit auf die Regierung, so dass die weitere Entwicklung von Parteistrukturen wahrscheinlich wenig Beachtung finden wird, da es dafür auch kaum personelle und finanzielle Ressourcen gibt.

In Europa muss Polen seine Rolle definieren und in die Verantwortung als sechstgrößtes EU-Land mit 38 Millionen Bevölkerung hinein wachsen. Dabei ist es hilfreich, dass die EU-Reformdiskussion erfolgreich abgeschlossen werden konnte und man sich jetzt der Sacharbeit zuwenden kann nach der Devise, dass die EU sich durch ihre Arbeit bestimmt.

¹ Vgl. dazu Konstanty Adam Wojtaszczyk: Poland, in: Parties and Democracy. The KAS Democracy Report 2007 (ed. By Konrad-Adenauer-Stiftung), Bonn 2007, 218 – 235.

² Vgl. Maria Jarosz: Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 21), Wiesbaden 2005.